

## **Beschluss des Landrates vom 22.03.2018**

Nr. 1977

### **50. Integration statt Ausgrenzung: Früh übt sich, wer eine Meisterin oder ein Meister werden will**

2017/571; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegen nehme.

**Anita Biedert** (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion der Idee des Postulats ablehnend gegenüber stehe. Das Ziel wäre eine flächendeckende Sprachförderung für Kinder ab 3 Jahren. Füllinsdorf kennt das Modell «3-Plus», Frenkendorf das Modell «Mitten unter uns» mit der Unterstützung des Roten Kreuzes und der Mütterberatungsstelle. Dort wird zusammen gespielt, man ist aktiv und kocht miteinander. Angebote sind also vorhanden.

Die Sprachentwicklung, deren Förderung und Pflege fangen im Elternhaus an. Es gäbe die Möglichkeit für die Eltern, Sprachkurse nicht nur zu besuchen, sondern die Sprache auch zu pflegen und die Türe zu öffnen für deutsche Kinderbücher und andere Medien. Dazu gibt es Spielgruppe, Spielplätze, Mutter-Kind-Turnen und anderes. Mit Verweis auf das Motto «man muss nicht nur wollen, man muss auch tun» lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

**Pascal Ryf** (CVP) wird namens der CVP/BDP-Fraktion den Vorstoss unterstützen. Es ist natürlich richtig, dass das Elternhaus eminent wichtig ist und es wäre schön, wenn von ihm die Sprachförderung ausginge. Es gibt ganz tolle Angebote wie «Mitten unter uns», die aber alle freiwillig sind. In vielen Elternhäusern wird jedoch leider gar kein Deutsch gesprochen, so dass die Kinder, wenn sie in den Kindergarten kommen, kein Wort können. Es ist zu spät, erst dann mit der Sprachförderung anzusetzen. Ein möglichst früher Beginn wäre sehr wichtig, weshalb der Vorstoss wirklich gut ist.

**Andreas Bammatter** (SP) macht auf die letzten Wörter des Vorstosses aufmerksam: «Fachstelle Ausländerdienst Baselland». Der Kanton hat also bereits eine Fachstelle, die sich darum kümmert. Der Postulant bittet die Regierung nur darum, sie zu konsultieren und zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt. In der frankophonen Schweiz ist es selbstverständlich, dass die jungen Menschen vor dem obligatorischen Primarschuleintritt eine Begleitung und eine Betreuung erhalten. Wenn man zudem das Votum des Vorredners, Schulleiter Pascal Ryf, berücksichtigt, der berichtete, dass es Schwierigkeiten in der Primarschule gibt, die jungen Menschen auf die Basiskompetenzen Rechnen, Lesen, Schreiben hinzuführen, dann macht es doch Sinn, in einem Postulat zu prüfen, ob nicht vorgängig eine Möglichkeit geschaffen werden soll, etwas anzubieten, damit jene, die nicht so weit sind, schneller auf dasselbe Level kommen. Der Postulant bittet, die Regierung in ihrer Bereitschaft, das Postulat entgegen zu nehmen, zu unterstützen.

**Paul R. Hofer** (FDP) sagt, dass sich die FDP-Fraktion der SVP anschliesse. Es sei gefragt, wer denn für die Primarschule verantwortlich sei? Der Kanton oder die Gemeinden? Antwort: Es sind die Gemeinden, denen man das auch überlassen sollte. Ablehnen.

**Regula Meschberger** (SP) sagt, dass es hier vor allem um den Frühbereich gehe, um die Spielgruppe usw. Ob es überwiesen wird oder nicht – der Kanton ist längstens dabei, sich für den Frühbereich Gedanken zu machen. Das Thema wird eines Tages ohnehin auf den Tisch kommen. Warum also nicht überweisen?

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) weist darauf hin, dass die Regierung mit der Entgegennahme des Postulats einverstanden wäre, um die Fragestellung zu überprüfen. Nicht mehr und nicht weniger. Es wäre falsch, wenn man erwartet, dass bereits etwas in dieser Richtung in die Wege geleitet wird. Aber auch falsch, wenn man sich die Frage nicht anschauen würde.

Paul Hofer sei gesagt, dass die Regierung sich ebenfalls am Titel stört. Man arbeitet konstant an der Bildungsqualität, obschon manchmal etwas unterschiedliche Meinungen dazu bestehen. Der Titel enthält aber auch das Wort «Integration», die nun mal nicht nur Aufgabe der Gemeinden ist, sondern auch des Kantons. Es gibt ein gemeinsames Interesse, dass die Menschen, die hier leben, möglichst gut und schnell integriert werden.

Es wird nichts voreilig umgesetzt; eine Prüfung ist aber nicht falsch, weshalb die Regierung den Vorstoss entgegen nimmt.

**Hanspeter Weibel** (SVP) blieb nach dieser Diskussion eine Frage hängen: Pascal Ryf bestätigte, dass es diverse Angebote auf freiwilliger Basis gebe. Ist also die Meinung, dass die Regierung Zwangsmassnahmen in diese Richtung prüfen solle, weil die freiwilligen Angebote nicht oder nicht genügend in Anspruch genommen werden?

**Pascal Ryf** (CVP) fände persönlich ein Obligatorium nicht schlecht. Es kann nicht sein, dass jemand seit mehreren Jahren in der Schweiz lebt und dennoch kein Deutsch kann. Es gibt Familien, die in ihren Subkulturen verharren. Oft dürfen Frauen aus patriarchalen Kulturen nicht nach draussen gehen und sich nur mit ihren Landsleuten treffen. Diese brauchen dann auch nach 15 Jahren einen Dolmetscher. Entsprechend werden die Kinder auch in der Sprachförderung von Haus aus nicht unterstützt. Eine Herauszögerung käme aber viel teurer. Integration ist Aufgabe des Kantons, wie Regierungsrat Isaac Reber bestätigt hatte. Es ist keine politische Frage, ob man für oder gegen Integration oder Ausländer ist. Fakt ist, dass die Kinder möglichst schnell Deutsch lernen müssen, damit sie einfacher und schneller integriert werden können. Ganz viele Probleme in der Schule bestehen, weil die Kinder sich nicht artikulieren und wehren können, was dazu führt, dass man sich vermehrt non-verbal ausdrückt. Kommt man in der Sprache nicht mit, hat man auch mehr Mühe in den anderen Fächern. Dies generiert sehr viele Kosten durch Förderbedarf oder mit Deutsch als Zweitsprache, das länger als in der Verordnung vorgesehen angeboten werden muss. Das Kind kann ja nicht plötzlich Deutsch, nur weil die Zeitspanne abgelaufen ist. Hier ist es also im Interesse des Kantons wie auch der Gemeinden, dass die Kinder ganz früh gefördert werden. Es wäre wirklich ein schlechtes Zeichen, wenn der Vorstoss aus politischen Gründen abgelehnt würde.

**Thomas Eugster** (FDP) würde gerne wissen, was man denn nun genau möchte... Die Angebote gibt es bereits, zumindest in den grösseren Gemeinden. Die Frage ist, ob sie wahrgenommen werden oder nicht. Geht es darum, die Schulpflicht nach vorne zu verschieben, indem man eine Kurspflicht ab 3 Jahren einführt? Möchte man, dass diese besucht werden, müsste eine Pflicht dazu erlassen werden. Darauf zielt das Postulat ja aber nicht ab. Deshalb sagt die FDP-Fraktion Nein.

**Paul R. Hofer** (FDP) sagt, dass die Gemeinden am besten wissen, wer Sprachprobleme hat. Lasse es man doch in ihrer Kompetenz und zwänge nicht. Es ist kaum vorstellbar, dass eine Stelle in Liestal besser weiss, wer Nachhilfeunterricht benötigt.

**Regula Meschberger** (SP) sieht, dass das Gedächtnis bei einigen hier doch relativ kurz ist. Vor etwa zwei Jahren wurde ein Vorstoss überwiesen, der vom Kanton verlangt, in Sachen Frühförderung ein Konzept vorzulegen. Der Kanton ist dabei, weshalb Regierungsrätin Monica Gschwind auch bereit ist, den Vorstoss entgegen zu nehmen. Ob es dann ein Auftrag vom Kanton oder der

Gemeinde ist, sieht man dann, wenn das Konzept vorliegt. Mit einer Überweisung vergibt man sich überhaupt nichts.

**Andreas Bammatter** (SP) führt aus, dass im Arbeitsintegrationsbereich der Kanton eine Mitverantwortung im Sinne von Koordination übernommen habe. Übernimmt er nun bei der Frühförderung ebenfalls eine Verantwortung im Sinne von Prüfen und Berichten eines Postulats, kann er hier koordinative Aufgaben übernehmen.

Es stimmt, dass in Liestal oder in Allschwil schon Angebote bestehen. Es geht aber darum, dass man im Sinne einer Chancengleichheit den Zugang ermöglichen möchte. Es ist keine Sache des Kantons, alles zu übernehmen. Er hat aber ein Interesse als Koordinator, die Gemeinden in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wie es am Schluss ausgeführt wird, ist zu klären. Prüfen und Berichten schadet aber nicht.

**Mirjam Würth** (SP) nennt den Titel des Vorstosses: «Früh übt sich, wer eine Meisterin oder ein Meister werden will». Es handelt sich um hier ansässige junge Menschen, denen man Frühförderung angeeignet lassen möchte, nämlich dann, wenn die Sprache entsteht und sie günstig und schnell erworben werden kann. Es ist ihr unbegreiflich, weshalb hier Wind gemacht wird gegen etwas, das den jungen Menschen hilft, sich schneller zu integrieren und ihnen die Möglichkeit gibt, ohne Nachhilfe und grosse Anstrengungen die Schule zu durchlaufen. Mit dem Vorstoss wird das Problem an der Wurzel angepackt, weshalb dringend geraten ist, ihn zu überweisen.

**Marc Schinzel** (FDP) sieht natürlich die Wichtigkeit des Themas. Was aber bei der FDP-Fraktion auf Probleme stösst, ist die Vorstellung, dass es um die Einführung einer flächendeckenden, obligatorischen Frühsprachenförderung geht. Hierbei sei z.B. auch an die Adresse von Pascal Ryf gesagt, dass es letztlich auch eine praktische Frage der Verteilung des Angebots ist. Es würde bedeuten, dass der Kanton im Falle eines Obligatoriums alles zur Verfügung stellen müsste. Es würde bedeuten, dass man dreijährige Kinder aus der Familie holen und in die Sprachförderung stecken würde. Rein praktisch gesehen löst dies einige Bedenken aus. Möchte man die Kinder denn wirklich mit Zwang aus der Familie holen?

**Anita Biedert** (SVP) stellt die Frage nach der Zielgruppe. Die Praxis zeigt, dass fremdsprachige Kinder, die tüchtig sind, im Deutschunterricht durchaus bessere Leistungen erbringen als Deutschsprechende Kinder, in deren Zuhause die Sprache nicht gepflegt wird. Man sollte darauf achten, dass am Schluss nicht zwei Gruppen entstehen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist manchmal etwas erstaunt, wohin Bildungsdebatten führen können. Marc Schinzel stellte eben noch in Aussicht, dass Kinder mit Zwang den Familien entrisen werden könnten... Der Votant muss nun wohl etwas erzieherisch wirken. Zuerst möchte er daran erinnern, dass – wie Regula Meschberger richtig gesagt hatte – vor kurzem ein Konzept zur Frühförderung überwiesen wurde. Dieser Auftrag wurde also eh überwiesen und wird auch ohne den vorliegenden Vorstoss geprüft werden. Deswegen ist es zwar nicht das Wichtigste der Welt, es wäre aber auch nicht falsch, wenn man das hier angesprochene Thema anschauen würde, denn es handelt sich um ein Postulat, was heisst, dass die Regierung schauen würde, ob es in dieser Sache Handlungsbedarf gibt. Gibt es ihn, wird sie darüber berichten. Man ist also weit davon entfernt, Kinder mit Zwang aus den Familien herauszunehmen. Das Parlament hat mehr als genug Eingriffsmöglichkeiten, sollte es sich in diese Richtung entwickeln.

Desweiteren soll auch Pascal Ryf noch etwas Erziehung geniessen: Integration ist eine Aufgabe von Kanton *und* Gemeinde. Selbstverständlich hilft man gerne im Sinne eines Koordinierens. Mehr Möglichkeiten hat der Kanton nicht. Die Angst, der Kanton würde die Aufgabe an sich reißen, ist

also unbegründet. Es ist aber sinnvoll, wenn der Kanton die Gemeinden in dieser Aufgabe unterstützen würde.

://: Das Postulat wird mit 41:39 Stimmen abgelehnt.

---